

Beschluss zu Antrag 6: *Für ein Wahlrecht ohne Altersgrenze!*

Jugendbeteiligung als Impuls für mehr Generationen- gerechtigkeit

5 Bildungspolitik, Altersversorgung, Umweltschutz, Klimapolitik, pastorale Veränderungen,
Asylpolitik - immer mehr politische sowie kirchenpolitische Entscheidungen, die heute getrof-
fen werden, haben entscheidende Auswirkungen auf zukünftige Generationen. Doch die Kin-
der und Jugendlichen, welche von diesen Entscheidungen betroffen sind, haben selbst oft keine
Möglichkeit sich an dem jeweiligen Diskurs zu beteiligen und/oder durch eine Lobby vertreten
10 zu werden. Das muss sich grundlegend ändern! Kinder und Jugendliche können und sollen ihre
Meinung äußern, denn sie sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Leider ist ihre Möglich-
keit zur Teilhabe und Mitbestimmung stark eingeschränkt. Die Teilnahme an politischen oder
kirchlichen Wahlen ist in der Regel erst ab einem bestimmten Alter – zumeist ab 14, 16 oder
18 Jahren - möglich. Wir in der Katholischen jungen Gemeinde (KjG) fordern im Sinne unserer
15 Grundlagen und Ziele, dass eine Beteiligung junger Menschen nicht erst ab 14 Jahren beginnen
darf, sondern diese durch eine aktive Einbindung in politische, gesellschaftliche und kirchliche
Entscheidungsprozesse auch eher dazu befähigt werden können, ihre Meinung einzubringen.

Wir fordern daher ein aktives Wahlrecht für Kinder und Jugendliche!

20 Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Mitbestimmung und Partizipation, das sich unmit-
telbar aus den Grundrechten ableiten lässt. Nur wenn sie die Möglichkeit bekommen ihre Mei-
nung zu äußern, können sie Gesellschaft aktiv mitgestalten.

Uns ist bewusst, dass die Einführung des Wahlrechts für Kinder und Jugendliche nicht unmit-
telbar erfolgen kann. Hierfür ist mitunter ein längerfristiger Prozess des Umdenkens in der
25 Gesellschaft notwendig. Diesen wollen wir mit unserer Positionierung anstoßen. Auch halten
wir das derzeitige Wahlverfahren für Kinder und Jugendliche für ungeeignet. Konkrete Umset-
zungsschritte sind deshalb unabdingbar.

Was es dazu braucht:Beidseitigen Mut

Gerade weil ein Wahlrecht ohne Altersgrenze noch wenig greifbar scheint, braucht es Mut. Zum einen müssen Kinder den Mut aufbringen, sich in die Gespräche und Themen der Erwachsenen einzubringen und zu ihren Überlegungen zu stehen. Zum anderen bedarf es Mut seitens der Politik und Politiker*innen, in die Haltungen und Meinungen unserer Kinder und Jugendlichen zu vertrauen. Die Möglichkeit, Demokratie aktiv zu leben und politische Verantwortung zu übernehmen, muss auch Kindern und Jugendlichen zugesprochen werden. Denn gerade Demokratie bietet das Potenzial angstbefreit politisch agieren zu können, ohne in Furcht leben zu müssen.

→ Beidseitigen Mut zu Veränderungen und zu Dialog.

Beidseitiges Wollen

Weiterhin braucht es sowohl auf Seiten der Kinder und Jugendlichen, als auch auf Seiten von Politik und Gesellschaft ein Wollen von politischer Beteiligung, insbesondere in Bezug auf Wahlen. Kinder und Jugendliche können ihr Wollen durch die Eintragung ins Wahlregister ausdrücken und später durch den Gang an die Wahlurne. Auch muss die kommende Generation darin bestärkt und unterstützt werden, sich mit politischen Themen zu befassen und auseinander zu setzen. Die KjG bewertet ein Wollen seitens der Politik als unabdingbar für eine funktionierende Demokratie- jetzt und in Zukunft, denn Beteiligung schafft Identifikation.

→ Eine Auseinandersetzung der Politiker*innen mit unseren Forderungen und eine gesellschaftliche Debatte über Weiterentwicklungsmöglich- und –notwendigkeiten unserer Demokratie.

Partizipation muss Haltung sein

Wenn Kinder und Jugendliche in politische Prozesse eingebunden werden, dann müssen ihre Meinungen und Haltungen auch ernstgenommen werden. Dies sollten alle Mandatsträger*innen und Bürger*innen verinnerlichen. Partizipation von Kindern und Jugendlichen darf nicht als prestigeträchtiges Instrument verkommen, um einzelne Beschlüsse hervorzuheben, sondern sollte eine Selbstverständlichkeit sein.

→ Ernsthafte Partizipationsmöglichkeiten.

Politische Bildung - Wissen fördert den Wunsch nach Mitbestimmung

Bildungsinstitutionen sollten Politik nicht nur im starren Politik- oder Sozialkundeunterricht vermitteln, sondern vielmehr auf eine lebendige, aktive und altersgerechte Teilhabe an politischen Prozessen setzen. Nicht allein die Kenntnis von realpolitischen Themen befähigt Menschen zu politischer Teilhabe, sondern auch und vor allem die Praxis. Kinder und Jugendliche haben Meinungen zum Geschehen in der Welt, sie brauchen dennoch die entsprechend angepasste Unterstützung, diese zum Ausdruck zu bringen. Dies bedeutet, dass sowohl im außerschulischen wie auch im schulischen Bereich politische Bildung an Stellenwert gewinnen muss - quantitativ und qualitativ. Politische Bildung sollte deshalb sowohl in einem speziellen Fach als auch interdisziplinär an Schulen vermittelt werden. Durch demokratische Prozesse wie die Schülermitverwaltung haben Schüler*innen bereits im Kindesalter (alternativ: ab der ersten Klasse) die Möglichkeit grundlegende demokratische Strukturen zu erfahren, zu erlernen und einzuüben. Diese Bildungsprozesse unterstützen die persönliche, aktive und reflektierte Teilnahme an Wahlen und weiteren politischen Prozessen maßgeblich. Um Hürden bei der Stimmabgabe abzubauen, wären andere geeignete Methoden und Verfahren ebenfalls denkbar.

→ Zur politischen Bildung braucht es ein altersgerechtes und handlungseinübendes Lernen mit konkret inhaltlicher und thematischer Auseinandersetzung. Sowohl an schulischen als auch außerschulischen Bildungsorten.

→ Politische Bildung muss in der Schule sowohl in einem speziellen Fach als auch interdisziplinär in vielen Fächern, als Querschnittsaufgabe, vorkommen.

→ Geeignete Methoden und Verfahren zur Stimmabgabe.

Sprachfähigkeit von Politik

Um Kindern und Jugendlichen eine Mitbestimmungsmöglichkeit zu garantieren, braucht es eine einfache Sprache der Politik. Sachverhalte müssen klar benannt und verständlich übersetzt werden. Dies umfasst ebenso die Partei – und Wahlprogramme, die für Kinder und Jugendliche lesbar sein müssen! Nicht nur junge Menschen, auch sogenannte bildungsferne Schichten/Milieus würden von einer verständlicheren Sprache der Politik profitieren.

- ➔ Die Anwendung einfacher Sprache von politischen Akteur*innen.
- ➔ Lesbare und verständliche Parteiprogramme.

10

Aktiv werden im Zusammenspiel von Politik, Kirche und Gesellschaft

Damit sich Kinder und Jugendliche im politischen Geschehen gut zurechtfinden, ist ein Zusammenspiel von Politik, Kirche und Gesellschaft essentiell. Bildungsinstitutionen müssen Kindern und Jugendlichen Räume bieten, in denen sie sich in ihrem politischen und damit gesellschaftlichen Handeln ausprobieren können. Außerschulische Institutionen, z.B. die Kirche, können ihre Möglichkeiten ausschöpfen indem sie Kinder und Jugendliche zur aktiven Mitsprache in z.B. der Gemeinde oder dem Jugendverband befähigen und sie darin unterstützen, sich selbst als wichtigen Teil der Gesellschaft zu begreifen.

15

- ➔ Die Unterstützung und Befähigung von Kindern und Jugendlichen seitens schulischer und außerschulischer Institutionen.

20

Informations- und Begleitmaterialien

Das Wahlrecht für Kinder und Jugendliche ist ein Schritt zu mehr Demokratie. Es beinhaltet jedoch, dass ein neues Verständnis für demokratische Mitbestimmung geschaffen werden muss, welches sich nicht mehr an Altersstufen oder Reife orientiert. Hierfür braucht es Informations- und Begleitmaterialien, die es ermöglichen, die Thematik in den verschiedensten Altersgruppen zu bearbeiten. Erklärtes Ziel muss es sein, einen gesellschaftlichen Konsens zu

25

erreichen, der sich auf ein weitgefasstes und verändertes Demokratieverständnis stützt. Ein solches Verständnis senkt nicht den Anspruch, den eine demokratisch verfasste Gesellschaft an ihre Mitglieder stellt.

- 5 ➔ Erklärende Informations- und Begleitmaterialien, um sowohl bei den jungen Menschen als auch beim Rest der Bevölkerung einen gesellschaftlichen Konsens zu erreichen, der sich auf ein weitgefasstes und verändertes Demokratieverständnis stützt.

Kein Stellvertreter*innen-Wahlrecht: Eintragung ins Wahlregister

- 10 Kinder und Jugendliche müssen selbst das Recht haben, ihre Stimme bei der Wahl abgeben zu können. Darum sind wir für ein Wahlrecht ohne Altersgrenze! Uns ist bewusst, dass nicht alle Kinder und Jugendlichen wählen gehen würden, aber sie sollten zumindest das Recht dazu erhalten. Ein Wahlrecht ohne Altersgrenze garantiert noch keine selbstverständliche Wahlbeteiligung von Kindern und Jugendlichen. Aber sie können lernen, Entscheidungen für sich selbst
15 zu treffen, ihre Interessen zu vertreten und das politische Geschehen zu verstehen. Eltern, Lehrer*innen, Kinder- und Jugendverbände und Politiker*innen haben deshalb die Aufgabe über Politik zu informieren und diese verständlich zu machen.

- ➔ Eigenständige Eintragungsmöglichkeit für Kinder und Jugendliche in das Wahlregister

20

Verbindliches Mitspracherecht in schulischen Angelegenheiten

- Schüler*innenvertretungen benötigen wichtige und verbrieftete Mitspracherechte bei inner-schulischen Angelegenheiten. Entscheidungen über die Ausgabe finanzieller Mittel müssen de-zentralisiert und verstärkt betroffene Schüler*innen und Lehrer*innen eingebunden werden.
25 Einflussreichere Schulgremien sorgen dafür, dass bei wichtigen Entscheidungen Beratung, Gespräch und Aufklärung aller Betroffenen vorausgehen. Kinder und Jugendliche brauchen Frei-räume, in denen sie Selbstverwaltung einüben können.

- eine Schule, die Kinder und Jugendliche demokratisch und gleichberechtigt mitgestalten können.

Verankerung in der Bildungspolitik aller Bundesländer

- 5 Ihr Leben lang müssen Menschen lernen, für ihre eigenen Interessen entschieden einzutreten und gleichzeitig Andersdenkenden gegenüber tolerant zu sein. Unterricht mit sozialwissenschaftlichem, politischem und historischem Inhalt bietet in allen Schulformen die Chance, so verstandenes mündiges Handeln zu reflektieren. Er sollte deshalb für alle Schularten gleichermaßen ausgebaut werden. Darüber hinaus ist es notwendig, die derzeitigen Konzepte, Inhalte
- 10 und Kompetenzerwartungen dahingehend zu verändern, dass Interessensvertretung eingeübt und gleichzeitig Lust auf politisches Handeln bei Schüler*innen geweckt wird. So können z.B. klasseninterne freie, geheime und gleiche parteipolitische Wahlen zu intensiver Diskussion und Auseinandersetzung führen; engagierte Menschen aus Jugendverbänden und Interessensgruppen (bspw. amnesty international, Bund Naturschutz, Mehr Demokratie e.V., ...) können
- 15 aus ihren Erfahrungen berichten und Schule und Leben verbinden.

- einen Unterricht (schwerpunktmäßig in Sozialwissenschaft, Politik und Geschichte) in dem mündiges Handeln reflektiert und eingeübt wird.

Mitgestaltung der (Pfarr-)Gemeinden

- 20 Solange es kein eigenes Wahlrecht für Kinder und Jugendliche gibt, müssen sie in allen Belangen zumindest inhaltliche Teilhabe erhalten. Wir brauchen Kinder- und Jugendparlamente, die nicht nur als Spielwiesen gedacht sind, sondern in den (Pfarr-)Gemeindeordnungen ein festgelegtes Recht auf Mitbestimmung enthalten. Bei Maßnahmen, welche die Allgemeinheit betreffen (z.B. Verkehrspolitik) müssen die Interessen von Kindern und Jugendlichen stärker berücksichtigt werden. Dies kann (übergangsweise) durch Kinder- oder Jugendbeauftragte geschehen, die sich wiederum jungen Menschen gegenüber verantworten müssen.
- 25

- kinder- und jugendfreundliche Pfarrgemeinden und Kommunen, in denen die Interessen junger Menschen ernst genommen werden. (DV RS)

Adäquate Vertretung von jungen Menschen auf Parteilisten (DV RS)

Guter Wille allein reicht nicht. Über die Listenbesetzung vor den jeweiligen Wahlen, sollen Parteien glaubhaft machen, dass sie die Interessen junger Menschen ernstnehmen. Dabei darf es nicht länger um wahltaktische Vorentscheidungen gehen. Die Berücksichtigung des Alters für eine entsprechende Anzahl von Plätzen schließt niemanden von einer Kandidatur aus, macht es aber jungen Menschen leichter, in einer überalterten Politiker*innenschaft ihren Platz zu beanspruchen. Dies ist ein wichtiger Schritt, ihren Interessen auf allen politischen Ebenen und quer durch alle Fachabteilungen in politischen Entscheidungsprozessen stärkeres Gewicht zu verleihen. (DV RS)

- 10 → von den Parteien, dass sie auf Parteienlisten mindestens 25 % aller Plätze für junge Menschen unter 30 Jahren zur Verfügung stellen.

15 **Angenommen.**